Nr. 505 XXVIII. Jahrgang — Mittwoch, 15. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile 81 mm breit M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Klage oder Konkurs 10 v. H. Preiserhöhung. Vereinsgebühr für Buchstabenzeilen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060
Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Eupen und Malmedy

Die deutsche Regierung hat, wie wir hören, dem Generalsekretär des Völkerbundes eine neue Note übermittelt, in der sie gegen den Beschluß des Rates des Völkerbundes vom 20. September Front macht. Erneut hat sie sich verschiedene Anlagen mit neuem und altem Beweismaterial wiederholt die Note den bekannten Vorwurf, daß der Rat des Völkerbundes, der zudem nach dem Versailler Friedensvertrag zu dieser Entscheidung gar nicht berechtigt war, bei dieser von falschen Voraussetzungen aufgegangen ist. Das deutsche Beweismaterial hat ebenfalls auf, daß die Volksbefragung in Eupen und Malmedy durch terroristische Maßnahmen der Besatzungsbehörden in illegaler Weise beeinflußt worden ist.

Die Note fährt dann fort:

Der Rat des Völkerbundes hat ausdrücklich erklärt, daß seine Entscheidung anders lauten müsse, wenn bewiesen werde, daß das Ergebnis der Volksbefragung durch Einschüchterung und Druck, Amtsmißbrauch und Bedrohung beeinflußt worden sei. Diese Beweise sind erbracht worden. Gestützt auf diese Beweise erwartet die deutsche Regierung, daß die rechts- und vertragswidrige Volksbefragung, wie sie von den belgischen Behörden gehandhabt wurde, für unzulässig erklärt und der Bevölkerung die Möglichkeit einer wahrhaft freien Willensäußerung gegeben wird. Die deutsche Regierung gibt sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß der Völkerbund zu diesem Zwecke die geeigneten Maßnahmen treffen wird. Sie knüpft daran die dringende Bitte, daß auch ihr Gelegenheit zur Ausgleichsteilung gegeben werde und daß, wenn irgend möglich, der Völkerbund eine Kommission in die Kreise entsenden möge, um sich aus eigener Anschauung ein Bild über die wahre Stimmung der Bevölkerung zu verschaffen. Dies ist auch der lebhafte Wunsch der Bevölkerung selbst.

Diese Note überreichte das Generalsekretariat des Völkerbundes am Montag den Völkerbundsmitgliedern. Das beigefügte Memorandum mit den Anlagen wurde nicht verteilt, in denen die Beweise angeführt werden, auf die sich die deutsche Note stützt. Das Sekretariat begnügte sich damit, den Delegierten mitzuteilen, daß diese Dokumente in der Kanzlei des Sekretariats zu finden seien, und fügte hinzu, daß dort auch der Bericht der belgischen Regierung vom 17. November d. J. sich befinde, in dem, wie es in dem Begleitschreiben des Generalsekretariats wörtlich heißt, die Bemerkungen der deutschen Regierung über die Durchführung der Volksbefragung widerlegt worden sind.

•

Der Völkerbund

Die Montagsvollversammlung des Völkerbundes beriet über den Kommissionsbericht betreffend die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes und nahm in der Schlußabstimmung einen langanhaltenden Beifall dem Entwurf für die Errichtung des Gerichtshofes an.

•

Vor der Brüsseler Konferenz

ch. London, 14. Dezember. (Eig. Drahtbericht)

In hiesigen politischen Kreisen wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Haltung der französischen Regierung gegenwärtig durch ernste finanzielle Schwierigkeiten der Republik beeinflußt wird. Sollte es nicht gelingen, den französischen Regierungskreisen über diese Schwierigkeit hinwegzuhelfen, so steht eine verschärfte Haltung Frankreichs auf der Brüsseler Konferenz in Aussicht. Maßgebende Bankherren halten die Aufnahme einer internationalen Anleihe von etwa 800 Millionen Pfund Sterling für den besten Ausweg; diesen Betrag soll Frankreich zur Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete erhalten. Als Garantie für einen bestimmten Zeitraum würde man die Einkünfte des deutschen Eisenbahnnetzes nehmen. Man hofft, daß eine derartige Lösung Frankreich veranlassen werde, seine Druckpolitik auf Deutschland und die damit in Verbindung stehenden Eroberungspläne aufzugeben.

Eine gegensätzliche Auffassung zwischen Paris und London besteht auch hinsichtlich der Brüsseler Konferenz. Während England den bindenden Charakter der Brüsseler Besprechungen nicht zugibt, sondern erst nach der Volksabstimmung in Oberschlesien endgültige Beschlüsse zulassen würde, versucht die französische Regierung den Standpunkt, in Brüssel die Basis für die Lösung der Entschädigungsfrage zu schaffen. Infolge dieser Meinungsverschiedenheit entstand eine englisch-französische Auseinandersetzung betreffs der Vollmachten, die den Vertretern dieser Mächte für Brüssel mitgegeben werden sollen.

•

Die Ablieferung der Milchkühe

⊕ Genf, 14. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Pariser Zeitungen schreiben, daß noch keine Entscheidung der Alliierten in der Frage der Ablieferung der deutschen Milchkühe gefallen sei. Die gegenteiligen deutschen Meldungen von einem Verzicht Frankreichs auf die Milchkühelieferung seien irreführend.

•

Das deutsche Kinderelend

w. Frankfurt a. M., 14. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) In der Universitäts-Kinderklinik fand eine aus ganz Süd- und Westdeutschland besuchte Arztversammlung statt. Vertreten waren außer der Frankfurter Universität die Universitätsstädte Bonn, Köln, Heidelberg, Würzburg, Gießen und Erlangen. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Frage der Ablieferung der Milchkühe. Nach dem einstimmigen Urteil der Fachärzte ist bereits die Versorgung der Kinder eine derartige, daß sich die Folgeerscheinungen der Unterernährung infolge des Milchmangels in katastrophaler Weise bemerkbar machen. Die Aerzte erklären, daß eine weitere Verminderung der Milch auf Generationen hinaus unabsehbare Folgen nach sich ziehen würde.

•

Die Entwaffnungsfrage

⊕ Genf, 14. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Matin" zufolge erhielt die Berliner Ententekommission den Auftrag, vom 20. Dezember an die erfolgte Waffenablieferung in Deutschland nachzuprüfen. Die von der Ententekommission ausgesprochene Ablehnung der Verlängerung der Entwaffnungspflicht für Bayern und Ostpreußen sei in der Sitzung der Botschafterkonferenz einstimmig am Freitag beschlossen worden.

•

Die Zerstörung der Befestigungen

Die deutsche Regierung hat, wie wir erfahren, der Botschafterkonferenz eine Denkschrift über die im Friedensvertrage vorgesehene Zerstörung von Befestigungen übermittelt. Die Kontrollkommission hatte nämlich die deutschen Vorschläge als ungenügend zurückgewiesen und weitere Forderungen aufgestellt, deren Erfüllung rund 620 Millionen Mark kosten würde, während die Ausführung der deutschen Pläne nur 65 Millionen Mark erfordert. Es ist zu hoffen, daß die Botschafterkonferenz die über den Versailler Vertrag hinausgehenden Forderungen der Kontrollkommission fallen lassen wird.

Die Programmrede des Ministerpräsidenten Buck

Der Sächsische Landtag ist am heutigen Dienstag um 1 Uhr wieder zusammengetreten. Als einziger Punkt steht die Regierungserklärung auf der Tagesordnung. Die Tribünen sind überfüllt.

Die Rede des Ministerpräsidenten:

Meine Damen und Herren! Nach meiner am 9. Dezember durch den Landtag vollzogenen Wahl zum Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen bin ich nach Art. 98 der Verfassung verpflichtet gewesen, die Mitglieder für das Gesamtministerium zu berufen. Die Uebernahme der Aemter ist bereits erfolgt. Herr Fleißner hat das Unterrichts- und Kultusministerium übernommen, Herr Dr. Harnisch das Justizministerium, Herr Heldt das Finanzministerium, Herr Fäckel das Arbeitsministerium, Herr Lipinski das Ministerium des Innern und Herr Schwarz das Wirtschaftsministerium. Herrn Minister Lipinski habe ich zu meinem Stellvertreter berufen.

Bei dieser Gelegenheit will ich nicht unterlassen, den bisherigen Ministern Kühn, Dr. Reinhold und Dr. Seyfert meinen aufrichtigen Dank für ihre in der Regierung und damit dem Volke geleisteten Dienste zum Ausdruck zu bringen.

Eine beinahe zweijährige parlamentarische Tätigkeit im republikanischen Deutschland liegt hinter uns. Aus der Zeit der konvulsivischen Zuckungen unsres Volkskörpers sind wir wohl in der Hauptsache heraus. Durch die Erfahrungen ist der Blick geweitet, aber auch der Wille zu planmäßiger Weiterarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete gestählt. Daraus ergibt sich

die Pflicht für die Regierung, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und weiter auszubauen

Die Reichsverfassung begrenzt für die einzelnen Staaten im Deutschen Reiche einen großen Teil ihrer politischen Tätigkeit und engt ihren Aufgabenkreis ein. Die Regierung braucht nicht besonders zu erklären, daß auch für sie die Reichsverfassung zwingendes Recht ist, daß insbesondere Reichsrecht das Landesrecht bricht. Dieses Bekenntnis entbindet uns aber nicht von der Verpflichtung, zu allen gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen des Reiches unsre Auffassung, unsern Willen bekanntzugeben.

Eine klare, energische Einwirkung, wie sie durch die politische und wirtschaftliche Lage in Sachsen geboten ist, wird nicht ausbleiben

Die großen der Erledigung harrenden wirtschaftlichen Aufgaben der Vergesellschaftung der Bodenschätze und der Nutzbarmachung unsrer Wasserkräfte zur Wasserversorgung und Energieerzeugung, sowie der Verwertung der Wasserläufe werden von uns im sozialistischen Sinne gefördert werden. Die Bestrebungen der Volkskammer um die Erweiterung des staatlichen Einflusses auf den gesamten Kohlenabbau und der Nutznießung seiner Erträgnisse durch die Allgemeinheit müssen energisch fortgesetzt werden.

In innigem Zusammenhang mit dieser Frage steht die Frage des Wiederaufbauens der Industrie, auch der Großunternehmungen. Ein Daniederliegen verschiedener ihrer Zweige ist unbestritten; auf der andern Seite aber wollen gerade in letzterer und anklagend die Rechnungsergebnisse von Großunternehmungen, die immense und, zum Schaden der Allgemeinheit gewaltige Dividenden ausgeschüttet. Aufgabe der Betriebsräte und Gewerkschaften ist es, mit dafür zu sorgen, daß die Erträgnisse gemeinsamer Tätigkeit der Allgemeinheit zugute kommen, insoweit die Reichssteuergesetzgebung hierbei nicht ausgleichend wirkt.

Von den dem Staat gehörenden landwirtschaftlichen Besitzungen werden einige gemeinwirtschaftlich verwaltet und zu Beispielswirtschaften eingerichtet. Von dem Erfolge dieser Versuche wird es abhängig sein, ob und wann die zur Zeit noch verpachteten Kammergüter und Domänen vom Staate in eigenen Betrieb genommen werden.

Der landwirtschaftlichen Produktion ist und wird von der Regierung das größte Interesse entgegengebracht. Der Mindererertrag der reichlich vierjährigen Kriegszeit in der ganzen Welt ist bisher nicht ausgeglichen. Deutschland leidet am meisten unter diesem Mangel und in Deutschland wiederum am meisten unser dichtbevölkertes Sachsen.

Wenn der Appell an Pflicht und Gewissen nicht ausreicht, dann müssen Landespreisamt, Polizei und Justiz und alle sonst in Betracht kommenden Behörden nachhelfen und gegen Wucher, gewerbsmäßigen Schleichhandel und Nichtablieferung der Pflichtmengen mit dem Nachdruck vorgehen, der durch die Notlage geboten ist und in den letzten Monaten rücksichtslos angewendet wurde. Anerkannt soll werden, daß ein großer Teil der sächsischen Landwirte einsichtig genug war, die Mengen von Getreide und Kartoffeln abzuliefern, die gesetzlich vorgeschrieben waren. Aber selbst, wenn alle Landwirte die Pflicht erfüllen, können wir in Sachsen ohne durchgreifende und bessere Unterstützung des Reiches nicht einmal die jetzige knappe Versorgung aufrechterhalten.

Gelingt es den weiteren Bemühungen unsres Wirtschaftsministeriums, bei der Reichsregierung, unsrer Textil-, Metall- und Holzindustrie weitere Aufträge zuzuführen, und ist das Bestreben der Industrie, unmittelbar Aufträge vom Ausland zu erhalten, erfolgreich, so werden Zahlungsmittel für die notwendige Auslandseinfuhr und damit eine Milderung der Ernährungsschwierigkeiten, zugleich aber auch der furchtbaren Arbeitslosigkeit geschaffen. Auch der neu berufene Arbeitsminister wird dieser für unser gesamtes volkswirtschaftliches Leben wichtigen Angelegenheit die Aufmerksamkeit widmen, die eine nach menschlichem Wissen und Können zu erreichende Verminderung der Zahl der Arbeitslosen bedingt.

Wir haben, obwohl die Bedingungen des Friedensvertrages uns als Industrieland am meisten drücken, streng darauf geachtet, daß, um jeden Anschein der Ententemaßnahmen zu beseitigen, das Mögliche erfüllt wird, auch die Forderungen von Spa in bezug auf die Waffenablieferung und die Beseitigung aller Organisationen, die nach Art. 177 des Friedensvertrages verboten sind.

Die Regierung wird gegen alle konterrevolutionäre Organisationen und Einrichtungen mit der gebotenen Schärfe vorgehen. Um diese Aufgabe zu sichern, wird die Polizei einheitlich und zweckentsprechend organisiert werden

Die steigende Not proletarisiert immer weitere Kreise. Eine soziale Umschichtung tritt zusehends ein. Alle davon betroffenen Schichten bäumen sich gegen das Schicksal auf, das Weltkrieg und Zusammenbruch heraufbeschworen haben.

In den Kreisen der Beamten ist eine neue Erregungswelle bemerkbar. Aus den Erfahrungen meiner Ministertätigkeit heraus stelle ich gern die hingebende Pflichterfüllung aller Beamten fest, mit denen ich gemeinsam gearbeitet habe. Voraussetzung für die berufliche Tätigkeit der Beamten ist aber die unbedingte Anerkennung der Verfassung.

Eine Durchsetzung der Verwaltung mit Angehörigen aller Volksschichten wird dann vollendet sein, wenn die Reform des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens durchgeführt und wirksam geworden ist. Der Ausbau und die Fortsetzung des Begonnenen werden die hauptsächlichste Aufgabe des neuen Kultusministers sein. Ein bereits ausgearbeiteter Gesetzentwurf über die Reform des Seminarwesens und der Lehrerausbildung wird Ihnen in den nächsten Tagen zugehen.

Der Erlaß der nach Artikel 138 der Reichsverfassung notwendigen Grundsätze für die rechtliche und finanzielle Ablösung der Religionsgemeinschaften durch die Landesgesetzgebung ist in Vorbereitung und wird von uns bei der Reichsregierung erneut in Erinnerung gebracht werden.

Die Regierung arbeitet sofort eine Gesetzesvorlage über die Gemeindeordnung aus, die auf breitester Grundlage den Gemeinden das Selbstbestimmungsrecht gewährleisten wird.

Die Regierung erhofft durch den nunmehr im Gang gekommenen Apparat der Reichssteuer-Einziehungsbehörden baldigst weitere Ueberweisungen von Reichssteuereinnahmen zur Verfügung zu haben, um durch solche auch die Finanznöte der Gemeinden mildern zu können.

Die Beseitigung der Wohnungsnot ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung

Ebenso wird sich Gelegenheit ergeben, über die Behandlung der Bewährungs-, Strafmilderungs- und Erlaßgesuche zu berichten, die bei den Gerichten und dem Justizministerium so zahlreich eingehen. Bei aller Würdigung dieses Umstandes darf aber nicht außer Betracht gelassen werden, daß

Recht und Gesetz die unverrückbaren Grundlagen eines jeden Gemeinwesens

sind und bleiben müssen.

Das Bewußtsein der Verantwortlichkeit wird unser Tun und Wollen beeinflussen, das wir nur im Interesse des gesamten Volkes zu betätigen haben.

Eine Stütze werden wir dabei finden in dem immer wieder aufrichtenden Gedanken der sozialdemokratischen Welt- und Lebensauffassung, die geklärt ist durch das Studium des weltgeschichtlichen Werdens, durch die aufmerksame Beobachtung der Gegenwart und durch die warme Liebe zu dieser Weltanschauung, die trotz Leid und Elend immer neue Kraft schöpft aus dem Vertrauen, daß eine gute Sache erzeugt, aus der Menschenliebe und Gerechtigkeit, die dem sozialdemokratischen Programm innewohnen und die uns verpflichten, den Blick vorwärts zu richten zu gemeinsamer Arbeit im Interesse unsres Landes und Volkes.

Das brennende Irland

× Paris, 14. Dezember. Nach einer Mitteilung des „Petit Journals" aus London sind durch den Brand in Cork 1200 Personen obdachlos geworden.

Die Streiks in der Tschecho-Slowakei

× Prag, 14. Dezember. Wie das Tschecho-Slowakische Pressebureau meldet, ist die Streikbewegung in Prag nahezu völlig abgeflaut. Es wird in fast allen Betrieben normal gearbeitet. In Lieben wird nur in 3 von 54 Fabriken gestreikt. In Aussig wird gearbeitet. In Brünn ist der Ausstand nur teilweise. Der Generalstreik dauert bisher nur in Kladno, Reichenberg, Znaim, Teplitsch und Göding an.

Oberschlesien und der Friedensvertrag

Vom Reichsminister a. D. Bernhard Dernburg

Der ungeheure Betrug, der durch den Versailler Vertrag an dem deutschen Volke verübt worden ist, beginnt nachgerade auch denjenigen Völkern klar zu werden, bei denen die Verhetzung den höchsten Grad erreicht hatte. Aus den Vereinigten Staaten, die sich schon früher mit europäischer Politik kaum eindringlich beschäftigt haben und die gerade jetzt einen scharfen Trennungsstrich zwischen ihrem eigenen Kurse und dem durch das Versailler Machwerk eingeschlagenen ziehen, kommen beachtliche und wichtige Töne.

So ist es auch bemerkenswert, daß eine der gelesensten Zeitschriften der Vereinigten Staaten kürzlich dem Prof. Kennes ihre Spalten geöffnet hat, um den ganzen in seinem bekannten Buch niedergelegten Weltumfang den breitesten amerikanischen Schichten in wenigen monumentalen Sätzen näherzubringen. Unter der Ueberschrift „Ein toter Vertrag" sagt er u. a.: Diesen Vertrag würde der größte Teil von Europa jetzt ungeschrieben machen, wenn es das nur könnte. Ein Jahr ist seit seinem Entstehen verflossen, und schon ist sein Ansehen verflogen; nicht meines Erachtens, weil sich die Empfindung gegenüber Deutschlands gemildert hat, sondern weil allgemein anerkannt wird, daß durch diesen Vertrag überhaupt nichts in Ordnung gebracht wird. Wenn man einen Menschen verpflichtet, das Unmögliche auszuführen, kommt man der Entscheidung darüber, was er wirklich tun kann, nicht näher."

Dieses Urteil ist nicht zu hart für ein Instrument, das auf Täuschungen aufgebaut worden ist. Hierin haben sich besonders die Polen als Meister erwiesen. Wie grob sie ihre Gönner hinters Licht geführt haben, hat die Abstimmung in Ostpreußen und Masuren bewiesen und wird die Abstimmung in Oberschlesien beweisen. Hier gingen polnische Begehrlichkeit und Uebertreibung selbst den Alliierten über das Wohnenlied. Oberschlesien, das nach dem ursprünglichen Entwurf, mit Ausnahme geringer Teile, ohne Befragung der Bevölkerung an Polen abgetreten werden sollte, erhielt eine Volksabstimmung. Es ist dies beinahe der einzige wesentliche Erfolg der deutschen Gegenvorstellungen. Auf daß aber Deutschland aus diesem Machwerk keinen Nutzen ziehen soll, sind Franzosen und Polen in trautem Verein eifrigst bemüht, und die Intrigen, entgegen den Versailler Bestimmungen die Abstimmungsgrundlage zu verschieben, werden ganz offen auf das schamloseste fortgesetzt. Zwei Gefahren drohen. Die eine, daß die Stimmen für Deutschland in der Minderheit bleiben, die andre, daß die Entente, polnischem Wunschbild nachgebend, eine deutsche Mehrheit vergewaltigen sollte. Das erste kann nicht eintreten, wenn jeder im Deutschen Reich anfällige Heimatliebe, auch wenn er polnischer Zunge ist, wofern er nur mit Ueberlegung die ihm bekannten deutschen Zustände mit den trostlosen Polens vergleicht, seine Pflicht tut. Auch braucht er nicht viel zu überlegen, denn wie wenig Intelligenz gehört doch dazu, abzulehnen: Kanonenfutter für polnische Ausdehnungsgelüste oder in der polnisch russischen Auseinandersetzung zu werden, deutsche Ordnung und gesundheitliche Zustände mit denen des verlotterten und verseuchten Polens zu vertauschen, sich zum Pfleglinge einer endlos wachsenden und niemals abdeckbaren Schuld zu machen, die heute schon größer ist, als der entsprechende Teil der deutschen Schuld, und arbeits- und brotlos zu werden in einem industriell trostlosen Lande ohne Schöpferkraft, ohne technische und industrielle Führung und ohne staatliches Gefüge, das dem Ganzen Halt und Dauer verleiht. Ich sage, man braucht nicht lange nachzudenken, um diesen Tausch abzulehnen.

Aber wie stark ist nicht die Bequemlichkeit, die Scheu vor einer Winterreise, die Neigung, zu denken: „Na, es wird auch so gehen." Die Gefahr sind die Halbentschlossenen und die Lauen. Deshalb muß das ganze deutsche Volk sich die Hände reichen, Gedanken und Wollen konzentrieren, eine Atmosphäre unbeugsamer Entschlossenheit schaffen zu dem einen Ziel und Ende „Oberschlesien muß deutsch bleiben." Ein magischer Ring muß entstehen, dem sich keiner, den es angeht, entziehen kann. Das Zweite aber wird vermieden werden, wenn der gleiche Wille und die gleiche Entschlossenheit und die gleiche Leidenschaft uns alle durchwehe, daß wir unter keinen Umständen und um keinen Preis irgend etwas andres hinnehmen werden als ein klares Ergebnis einer unparteiisch geleiteten, unbeeinflußten und ungestörten Abstimmung.

Wir werden dieses deutsche Kulturland nicht freiwillig aufgeben, wenn die Urne es uns zuspricht, und wir können heute schon sicher sein, daß die öffentliche Meinung der Welt das nicht gestatten wird. Aber wir müssen wollen, bis ans Ende wollen.

Ich bin der Ansicht, daß sogar die Entente, soweit sie sich nicht an Polen gebunden hat, und selbst dann, einen für Deutschland günstigen Ausgang wünschen muß. Man kann das aus englischen Pressestimmen der letzten Tage deutlich durchfühlen; die uns durchweg abgünstigen „Times" bringen in einer ihrer letzten Nummern für Polen sehr entmutigende Stimmungsbilder aus Oberschlesien. Und die Dinge liegen ja auch klar. In dem oben angezogenen Artikel, in dem er Deutschland „das zerschmetterte Herz Europas" nennt, analysiert Keynes die wirtschaftlichen Friedensbedingungen. Nicht auf Blut und Eisen, sondern auf Kohle und Eisen war Deutschlands Lebenskraft aufgebaut; reißt man diese beiden Pfeiler ein, so

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201215/1